



Landgericht Stuttgart

Landgericht Stuttgart. [REDACTED]

Rechtsanwälte
Gansel Rechtsanwälte

Datum: 03.11.2023

Durchwahl: 0711 212-3425, 3449

Aktenzeichen: **12 O 70/23**

(Bitte bei Antwort angeben)

In Sachen

[REDACTED] ./. Volkswagen AG
wg. Schadensersatzes

Ihr Zeichen: [REDACTED]

Sehr geehrte Damen und Herren Rechtsanwälte,
anliegende Dokumente werden Ihnen elektronisch übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Schürle

Amtsinspektorin

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten bei deren Verarbeitung durch die Justiz nach Artikel 13 und Artikel 14 der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung finden sich auf der Internetseite des Gerichts unter dem Menüpunkt „Service“ / „Informationen zum Datenschutz in der Justiz“. Auf Wunsch übersenden wir diese Informationen auch an Verfahrensbeteiligte in Papierform.

[REDACTED]: Haltestelle Charlottenplatz
Telefon 0711 212-0 · Telefax 0711 212-3556 · E-Mail poststelle@lgstuttgart.justiz.bwl.de · Internet www.landgericht-stuttgart.de
Sprechzeiten Montag - Donnerstag:
09:00 - 15:30 Uhr
Freitag: 09:00 - 12:00 Uhr
Barrierefreier Zugang: [REDACTED] und [REDACTED]

1. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 2.830,00 € zuzüglich Zinsen i.H.v. 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz hieraus seit 28.04.2023 zu zahlen.
2. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.

3. Die Kosten des Rechtsstreits werden gegeneinander aufgehoben.
4. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrags vorläufig vollstreckbar.
5. Der Streitwert wird auf 6.000,00 € festgesetzt.

Tatbestand

Die Klagepartei nimmt die beklagte Fahrzeugherstellerin wegen der Verwendung unzulässiger Abschaltvorrichtungen in einem Kraftfahrzeug auf Schadensersatz in Anspruch.

Die Klagepartei kaufte das streitgegenständliche Fahrzeug VW Passat mit der Fahrzeug-Ident: [REDACTED] als Gebrauchtfahrzeug mit einer damaligen Laufleistung von 21.975 km

am 03.11.2016 von einem Dritten (Anlage K 1). Das Fahrzeug war von der Beklagten unter Verwendung eines Dieselmotors mit der Bezeichnung E 288 hergestellt worden und verfügt über eine EG-Typengenehmigung nach der Schadstoffklasse Euro 6. Das Fahrzeug ist von keinem amtlichen Rückruf des Kraftfahrtbundesamtes im Zusammenhang mit der Steuerung des Abgasreinigungssystems betroffen. Die ursprünglich im Fahrzeug vorhandene [REDACTED] wurde am 19.04.2017 durch ein Software-Update entfernt.

Die Klagepartei trägt vor, die im streitgegenständlichen Fahrzeug vorhandene Umschaltlogik stehe nicht in Übereinstimmung mit dem genehmigten Typ. Ihr stehe daher ein kleiner Schadensersatz als Minderwert in Höhe von mindestens 20 % des Brutto-Kaufpreises zu.

Der Kläger beantragt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger einen Entschädigungsbetrag bezüglich des Fahrzeugs der Marke VW mit der Fahrzeugidentifikationsnummer [REDACTED] zu zahlen, dessen Höhe in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, der jedoch mindestens EUR 5.660,00 nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit betragen muss.
2. Die Beklagte wird verurteilt, den Kläger von den durch die Beauftragung der Prozessbevollmächtigten des Klägers entstandenen Kosten der außergerichtlichen Rechtsverfolgung in Höhe von EUR 952,00 freizustellen.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie ist der Auffassung, mit dem Fahrzeug sei alles in Ordnung.

Bezüglich der Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird ergänzend Bezug genommen auf die Schriftsätze der Parteivertreter nebst Anlagen sowie den Inhalt der Sitzungsniederschrift vom 13.07.2023.

Entscheidungsgründe

I.

Der mit dem Klageantrag I. geltend gemachte Differenzschadensersatz (20% aus dem Kaufpreis) ist zu dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang begründet. Der Anspruch steht der Klagepartei aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV zu. Auf die Voraussetzungen des § 826 BGB kommt es vorliegend nicht an, da keine weitergehenden Rechtsfolgen begehrt werden.

1.

Der Anspruch aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV unter Berücksichtigung

der unionrechtskonformen Auslegung der Art. 18 Abs. 1, Art. 26 Abs. 1 und Art. 46 RL 2007/46/EG i.V.m. Art. 5 Abs. 2 VO (EG) 715/2007 ist begründet, da das streitgegenständliche Fahrzeug zum Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrages über eine unzulässige Abschalt-einrichtung i.S.d. Art. 5 Abs. 2 Satz 1 VO (EG) 715/2007 verfügte, sodass die Beklagte als Herstellerin

des Fahrzeuges eine unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung ausgestellt und damit gegen § 6 Abs. 1 und § 27 Abs. 1 EG-FGV verstoßen hat (vgl. BGH, Urteil v. 26.06.2023 – VIa ZR 335/21, Rn. 34, juris), was auch schuldhaft erfolgte.

a.

Das Fahrzeug hatte zum Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrages unstreitig eine Abschalt-einrichtung i. [REDACTED] aufgewiesen, die dann mit Update vom 19.04.2017 [REDACTED] ent-

fernt wurde. Diese [REDACTED] stellt nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts-

hofs (Urteil v. 26.06.2023 - VIa ZR 335/21 -, juris Rn. 33 f), der sich das Gericht vollumfänglich an-

schließt, eine unzulässige Abschaltseinrichtung dar.
b.

Die Beklagte hat auch schuldhaft gehandelt.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist das Verschulden des Fahrzeugherstellers, der eine unrichtige Übereinstimmungsbescheinigung in Verkehr bringt, zu vermuten (BGH, Urteil v. 26.06.2023 - VIa ZR 335/21, juris Rn. 59). Der Hersteller kann sich insofern aber entlasten, wenn er darlegt und im Bestreitensfall nachweist, dass er sich hinsichtlich der Zulässigkeit der eingesetzten Abschaltseinrichtung in einem Verbotsirrtum befand und dieser Irrtum bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt unvermeidbar war (BGH Urteil v. 26.06.2023 - VIa ZR 335/21, juris Rn. 63; OLG Stuttgart, Urteil v. 28.09.2023 – 24 U 2504/22, juris Rn. 61).

Voraussetzung des Verbotsirrtums ist, dass der Schädiger entweder positiv von der Zulässigkeit des eigenen Verhaltens ausgeht, oder – sofern er bei einer zweifelhaften Rechtslage die Möglichkeit der Unzulässigkeit des eigenen Handelns erkannt hat – dass der Schädiger darauf vertraut, sich dennoch im Rahmen des gesetzlich Zulässigen zu bewegen. Rechnet der Schädiger dagegen mit der Möglichkeit, Unrecht zu tun und nimmt er diese Möglichkeit in derselben Weise wie beim bedingten Vorsatz in seinen Willen auf, so kann er sich nicht mit Erf. [REDACTED] darauf berufen, dass

ihm die Einsicht gefehlt habe, Unerlaubtes zu tun (vgl. BGH, Beschl. v. 01.06.1977 – KRB 3/76, Rn. 15, juris; BGH, Urt. v. 16.06.1977 – III ZR 179/75, Rn. 53ff, juris; BGH, Urt. v. 10.07.1984 – VI ZR 222/82, Rn. 14, juris; BGH, Urt. v. 07.03.1996 – 4 StR 742/95, Rn. 19, juris; BGH, Urt. v. 10.01.2023 – 6 StR 133/22, Rn. 38 juris; OLG Stuttgart, Urt. v. 28.09.2023 – 24 U 2504/22, Rn. 44

m.w.N., juris).

Unvermeidbar ist der Verbotsirrtum, wenn der Schädiger diesen auch bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt nicht erkennen konnte (BGH, Urt. v. 11.01.1984 – VIII ZR 255/82, Rn. 22, juris; BGH, Urt. v. 12.05.1992 – VI ZR 257/91, Rn. 20, juris). Da der Verpflichtete das Risiko eines Irrtums über die Rechtslage selbst trägt, sind an das Vorliegen eines unverschuldeten Rechtsirrtums strenge Maßstäbe anzulegen. Er muss die Rechtslage sorgfältig prüfen, soweit erforderlich Rechtsrat einholen und die höchstrichterliche Rechtsprechung (sofern vorhanden) sorgfältig beachten (vgl. BGH, Urt. v. 12.07.2006 – X ZR 157/05, Rn. 19 juris).

Zwar trifft hinsichtlich des Verschuldens als anspruchsbegründender Voraussetzung gemäß § 823 Abs. 2 BGB gewöhnlich den Anspruchsteller die Darlegungs- und Beweislast (BGH, Urteil vom 13. Dezember 1984 - III ZR 20/83, NJW 1985, 1774, 1775 mwN). Jedoch muss derjenige,

der objektiv ein Schutzgesetz verletzt hat, Umstände darlegen und erforderlichenfalls beweisen, die geeignet sind, die daraus folgende Annahme seines Verschuldens in Form einer Fahrlässigkeit auszuräumen. Insofern besteht eine von der objektiven Schutzgesetzverletzung ausgehende Verschuldensvermutung (BGH, Urteil vom 3. Mai 2016 - II ZR 311/14, NJW 2017, 886 Rn. 16; vgl.

auch BGH, Urteil vom 21. Dezember 1955 - VI ZR 280/54, VersR 1956, 190, 191; Urteil vom 27. Januar 1959 - VI ZR 30/58, VersR 1959, 277, 278; Urteil vom 4. April 1967 - VI ZR 98/65, VersR 1967, 685; Urteil vom 12. März 1968 - VI ZR 178/66, NJW 1968, 1279, 1281; Urteil vom 26. November 1968 - VI ZR 212/66, BGHZ 51, 91, 103 f.; Urteil vom 13. Dezember 1984, aaO; Urteil vom 19. November 1991 - VI ZR 171/91, BGHZ 116, 104, 114 f.; Urteil vom 28. März 2006 - VI ZR

46/05, NJW 2006, 1589 Rn. 22). Dementsprechend muss der Fahrzeughersteller, wenn er eine Übereinstimmungsbescheinigung trotz der Verwendung einer unzulässigen Abschalteneinrichtung ausgegeben und dadurch § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV verletzt hat, Umstände darlegen und beweisen, die sein Verhalten ausnahmsweise nicht als fahrlässig erscheinen lassen (BGH, Urteil v. 26.06.2023 - VIa ZR 335/21, juris Rn. 59).

Entsprechende Umstände hat die Beklagte weder dargelegt, noch bewiesen, insbesondere auch unter Berücksichtigung der höchstrichterlichen Rechtsprechung zum Nachweis der Unvermeidbarkeit bei einer tatsächlich erteilten EG-Typengenehmigung (vgl. (BGH, Urteil v. 26.06.2023 - VIa

ZR 335/21, juris Rn. 64 ff.).

c.

Durch den schuldhaften Verstoß der Beklagten gegen § 6 Abs. 1, 27 Abs. 1 EG-FGV hat die Klagepartei einen Vermögensschaden i.H.v. 2.380,00 € erlitten.

Die Klagepartei hat einen Schaden in Höhe des Betrages erlitten, um den sie das Fahrzeug mit Rücksicht auf die mit der unzulässigen Abschalteneinrichtung verbundenen Risiken zu teuer erworben hat.

Zur Erwerbskausalität kann sich die Klagepartei nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 6 Abs. 1, § 27 Abs. 1 EG-FGV auf den Erfahrungssatz stützen, dass sie den Kaufvertrag zu diesem Kaufpreis nicht geschlossen hätte. Für die Anwendung eines solchen Erfahrungssatzes ist nicht von Bedeutung, ob ihr beim Erwerb des Fahrzeugs die von der Beklagten ausgegebene unzutreffende Übereinstimmungsbescheinigung vorgelegen und ob sie von deren Inhalt Kenntnis genommen hat. Auch ohne Kenntnisnahme der vom Fahrzeughersteller ausgegebenen Übereinstimmungsbescheinigung geht der Käufer typischerweise davon aus, dass der Hersteller für das erworbene Fahrzeug eine Übereinstimmungsbescheinigung ausgegeben hat und dass diese die

gesetzlich vorgesehene Übereinstimmung mit allen maßgebenden Rechtsakten richtig ausweist (BGH, a.a.O., Rn. 55 f.). Umstände, die dieses Erfahrungssatz widerlegen würden, wurden weder vorgetragen, noch sind sie sonst ersichtlich.

Die Höhe des von der Klagepartei erlittenen Vermögensschadens schätzt das Gericht gemäß § 287 ZPO unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls und der unionsrechtlichen Vorgaben auf 10 % des gezahlten Kaufpreises von 28.300,00 €. Es wird davon ausgegangen, dass der objektive Wert des streitgegenständlichen Fahrzeugs durch das mit der



verbundene Risiko der Betriebsstillegung z.Z. des Vertragsschlusses in dieses Umfang gemindert war. Bezüglich der Möglichkeit der tatrichterlichen Schätzung vgl. OLG Karlsruhe, Urteil v. 15.09.2023 - 8 U 383/21 -, juris Rn. 73f.

Auf den Schaden der Klagepartei i.H.v. 2.830,00 € sind im Wege der Vorteilsausgleichung die von

der Klagepartei gezogenen tatsächlichen Nutzungen in Abzug zu bringen. Die Klagepartei ist mit dem Fahrzeug seit Erwerb bis Klageerhebung 77.441 km gefahren. Die erwartete Gesamtleistung schätzt das Gericht gemäß § 278 ZPO auf insgesamt 250.000 km, wodurch sich im Erwerbszeitpunkt eine erwartete Restlaufleistung von 228.025 km ergibt. Nach der Berechnungsmethode: Bruttokaufpreis x gefahrene Strecke seit Erwerb/erwartete Restlaufleistung im Erwerbszeitpunkt ergibt sich eine Nutzungsentschädigung i.H.v. 9.509,26 €. Den Restwert des Fahrzeugs schätzt das Gericht unter Heranziehung öffentlich zugänglicher Datenbanken auf 8.000,00 €. Den tatsächlichen Wert des Fahrzeugs im Zeitpunkt des Erwerbs schätzt das Gericht unter Berücksichtigung der Differenz zwischen gezahltem Kaufpreis und dargestelltem Differenzschaden auf 25.470,00 €. Die Summe aus den Nutzungsvorteilen und dem Restwert des Fahrzeugs übersteigt den tatsächlichen Wert des Fahrzeugs im Zeitpunkt des Erwerbs nicht, sodass kein weiterer Abzug vorzunehmen ist.

2.

Ein weitergehender Anspruch steht der Klagepartei auch nicht aus §§ 826, 31 i.V.m. 831 BGB zu.

3.

Der Zinsanspruch folgt aus §§ 288, 291 ZPO.

4.

Bezüglich des Freistellungsanspruchs betreffend außergerichtliche Rechtsanwaltskosten schließt sich das Gericht vollumfänglich den Ausführungen des OLG Karlsruhe, Urteil v.

15.09.2023 - 8 U 383/21 -, juris Rn. 100 ff. an. Aus dem Vorbringen der Klagepartei lässt sich nicht entnehmen, dass die Prozessbevollmächtigten der Klagepartei zunächst lediglich zur außergerichtlichen Vertretung beauftragt waren oder nur ein bedingter Prozessauftrag erteilt wurde.

II.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 92 Abs. 1 Satz 2 ZPO. Der Ausspruch zur vorläufigen Vollstreckbarkeit hat seine Grundlage in § 709 Satz 2 ZPO.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung, mit der der Streitwert festgesetzt worden ist, kann Beschwerde eingelegt werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht die Beschwerde zugelassen hat.

Die Beschwerde ist binnen **sechs Monaten** bei dem

Landgericht

Stuttgart




einzulegen.

Die Frist beginnt mit Eintreten der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache oder der anderweitigen Erledigung des Verfahrens. Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf der sechsmonatigen Frist festgesetzt worden, kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht.

Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. Sie kann auch vor der Geschäftsstelle jedes Amtsgerichts zu Protokoll erklärt werden; die Frist ist jedoch nur gewahrt, wenn das Protokoll rechtzeitig bei dem oben genannten Gericht eingeht. Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben.

Rechtsbehelfe können auch als elektronisches Dokument eingelegt werden. Eine Einlegung per E-Mail ist nicht zulässig. Wie Sie bei Gericht elektronisch einreichen können, wird auf www.ejustice-bw.de beschrieben.

Schriftlich einzureichende Anträge und Erklärungen, die durch einen Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zu Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse eingereicht werden, sind als elektronisches Dokument zu übermitteln. Ist dies aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt die Übermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

-Schlotz
Richterin am Landgericht

Vermerk:

Verkündet am 02.11.2023

Schürle
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Landgericht Stuttgart

Transfervermerk

erstellt am 03.11.2023 um 06:37:09 Uhr

Die Prüfung der qualifizierten elektronischen Signaturen zum vorgehenden Dokument hat folgendes Ergebnis erbracht:

Prüfergebnis zu [REDACTED]

[REDACTED].pkcs7

Signiert durch	Berufsbezogenes Attribut	Signiert am	Seriennummer des Zertifikats	Integrität	Zertifikat
[REDACTED]	Justiz des Landes Baden-	02.11.2023 11:42:19 Uhr	773560574877400554 1	gültig	gültig



Landgericht Stuttgart

Transfervermerk

erstellt am 03.11.2023 um 06:37:13 Uhr

Die Prüfung der qualifizierten elektronischen Signaturen zum vorgehenden Dokument hat folgendes Ergebnis erbracht:

Prüfergebnis zu

[REDACTED]

[REDACTED].pkcs7

Signiert durch	Berufsbezogenes Attribut	Signiert am	Seriennummer des Zertifikats	Integrität	Zertifikat
[REDACTED]	Justiz des Landes Baden-	02.11.2023 13:25:42 Uhr	791625064205001189 9	gültig	gültig

